

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Leipzig, Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Leipzig, des Finanzamts Leipzig und des Hauptzollamts Meißen.

Postkonton: Dresden 1500
Bezirksamt Leipzig Nr. 52.

Nr. 45.

Montag, 23. Februar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages (ab 9 Uhr vormittags) aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für gewöhnliche Plakate 10 Pfennig, wenn der Betrag verhältnißmäßig durch Anzeigen eingekauft werden muß oder der Auftraggeber in Kontant bezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Leipzig. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Der Arbeiter“ — im Falle höherer Gewalt — arbeitslos oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorforderung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Leipzig. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Liepmann, Leipzig; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Leipzig.

Das außenpolitische Zwischenstadium.

Von unserem Berliner Vertreter.

Berlin, 23. Februar 1925.

Die deutsche Diplomatie arbeitet gegenwärtig unter großen Anstrengungen, um die durch die Ueberreichung des Kontrollberichts geschaffene neue außenpolitische Situation zu klären. Nachdem der Kontrollbericht den alliierten Militärgremien zur Durchsicht übergeben worden ist, tritt für Deutschland ein ziemlich schwieriges Zwischenstadium ein, das die Aufmerksamkeit des Berliner Auswärtigen Amtes auf die diplomatischen Unterhandlungen zwischen London und Paris konzentriert. Vor Ende März kann die deutsche Regierung nicht mit einer Entscheidung der alliierten Regierung über die Militärfordernungen rechnen. Bis dahin können jedoch unvorhergesehene Ereignisse eintreten, die für Deutschland vorteilhafte Tatsachen schaffen, noch ehe es zu Verhandlungen über die Räumungsfrage gekommen ist.

Die Berliner diplomatische Kreise sind außerordentlich besorgt über gewisse Vorgänge in der französischen Politik, die darauf schließen lassen, daß man möglicherweise mit einem Regierungswechsel in Frankreich rechnen muß. So ist beispielsweise das Auftreten des bisherigen französischen Ministerpräsidenten Caillaux, der vielfach als der kommende Mann Frankreichs bezeichnet wird, in Berlin ziemlich lebhaft aufgefallen, denn nach den aus Paris vorliegenden Nachrichten hat es den Anschein, als ob dahinter tatsächlich ernstere Dinge stecken. Sehr gut unterrichtete Kreise sprechen nämlich von einer ernstlichen Gefährdung des französischen Ministeriums Herriot, das durch die Finanzkrise in außerordentlich schwieriger Lage gerät. Da Caillaux auf alle Fälle von der französischen Partei ziemlich scharf abgerückt ist, wird geradezu die Vermutung verstärkt, daß die französische Politik im Begriff steht, einen neuen Schwenk zu unternehmen, der sich allerdings mehr gegen England als gegen Deutschland richten kann. Tatsache ist ferner, daß der französische Ministerpräsident Herriot entschlossen ist, die Regierungsgeschäfte niederzulegen, wenn es ihm nicht gelingt, die englische Regierung für seine Pläne zu gewinnen.

Es ist behauptet worden, daß Deutschland sich bereits in einem Meinungsstausch mit England befinde. Diese Nachricht ist, wie wir bestimmt berichten können, vollkommen unzutreffend. In Berlin weiß man sehr wohl, daß deutsch-englische Sonderverhandlungen im gegenwärtigen Stadium der Dinge nicht nur fernerer Erfolg versprechen, sondern daß sie zu einer neuerlichen Verschärfung der Spannung zwischen Deutschland und Frankreich führen müssen. Wenn die deutsche Diplomatie recht bemüht ist, mit der Gegenseite zu einem Meinungsstausch zu kommen, so lenkt sie dabei ihre Aufmerksamkeit gleichmäßig auf alle alliierten Hauptstädte, und die deutschen Botschafter haben durchaus gleichzeitige Instruktionen vom Auswärtigen Amt erhalten. Die Gefahr, die man in Berlin hinsichtlich einer Verschärfung der außenpolitischen Lage voraussehen zu können glaubt, liegt nämlich darin, daß die Räumungsfrage noch auf Monate hinaus verzögert wird, und daß es nicht gelingen könnte, zu irgendwelchen Vereinbarungen über die nordliche Rheinlande zu kommen. Wenn die alliierten Regierungen beabsichtigen sollten, Deutschland ein neues Diktat vorzulegen und auf dem Standpunkt verharren, daß wegen der Militärfordernungen die Räumungsfrage für die nordliche Rheinlande noch nicht in Kraft getreten ist, so würde damit überhaupt nicht abzusehen sein, wann die Räumung der Aäster Zone erfolgt. Außerdem muß es Besorgnisse hervorrufen, daß immer wieder die deutsche Volksfrage in den Vordergrund gedrängt wird, und daß dadurch immer neue Komplikationen geschaffen werden. Aus all diesen Gründen wird der Reichkanzler Dr. Luther immer wieder gezwungen sein, das deutsche Verhandlungsangebot an die alliierten Regierungen zu wiederholen und dabei auch auf die Lösung der Sicherheitsfrage besonders zurückzukommen.

Der tschechische Kampf gegen das Deutschland.

ab. Dresden. In der in Wandsdorf erscheinenden nationalen deutschen Zeitung „Abwehr“ beantwortet R. D. Strobl die Frage: „Ist ein deutsch-tschechischer Ausgleich möglich?“ dahin: „Voreil und unerbittlich türmt sich ein dunkeres Nein vor mich hin. Tausend Erfahrungen, täglich erneuert, immer wiederkehrende Bedrohungen, Ungerechtigkeiten, Verböhrungen nehmen mir jeden Mut auch zum schmeichlichsten Optimismus. Und wären die Sudetendeutschen ein Volk von Engeln und Römern, reinsten Willens, alles zu vergeben und zu vergessen, jede Regung der Galle und des Stolzes vernichtet, wären sie bereit, täglich zu der schon gedrohten noch die andere Wange hinzuhalten; die Tschechen sind unfähig zu Ausgleich und Verständigung mit ihnen. Sie können und dürfen keinen Frieden wollen. Ein Blick auf die Landkarte muß überzeugen, daß für den tschechischen Staat, der bei Geger beginnt, im Herzen Deutschlands, und immer schmaler werdend, in den tschechischen Hinterwäldern endet, äußerste Anspannung aller militärischen Kräfte Lebensbedingung ist. Sein Wachstum muß sich auf ein durchaus verlässliches Meer stützen. ... Der Deutsche hat wenig Talent zur Irrredenta, zu Desertion und Verrat. Napoleons deutsche Kontingente haben sich auch gegen Deutsche brav geschlagen. Deutsche Landstürme waren auf allen Schlachtfeldern die verlässlichsten Verbündeten auch für die völkerverfremden Anwohnerheiten

und bei den Mobilisierungen, die der tschechische Staat schon angeordnet hat, haben sich die Deutschen nicht gedrückt, sondern sind willig eingerückt. Dennoch trauen die Tschechen den Deutschen nicht. Sie können es nicht glauben, daß dieses unterdrückte, seiner natürlichen Rechte verklärte Volk, willfährig sein könne bis ans Ende. Darum muß das Ziel der tschechischen Oligarchie die national einheitliche Armee sein. Sie kann es nur werden, wenn die Sudetendeutschen entvölkert werden. Was auch gerade und verklärt werden möge, dies ist der geheime Plan der Tschechen. Er muß es sein aus Gründen der Selbsterhaltung. Solange 3 1/2 Millionen Deutsche tschechische Staatsangehörige sind und ihre Söhne ins Heer der Republik eintreten, ist diese Armee kein unbedingt verlässliches Werkzeug — sagt den Tschechen die eigene Erfahrung. Auf Entvölkung der Deutschen zielt der Sinn aller Regierungsmaßnahmen. Darauf richtet sich die Enttarnung deutscher Schulen, deutschen Bodens (die Verstaatlichung der Randgebiete), darauf die Entfernung der deutschen Beamten, die Vernichtung der deutschen Industrie, die Entmündigung in der Politik. ... Freilich kann dieser Plan nicht von heute auf morgen gelingen, aber der zähe Hartnäckigkeit der Tschechen erweist es sich nicht unmöglich, in einigen Generationen ihr Ziel zu erreichen. Es ist furchtbar, was schon in 8 Jahren an deutschem Volkstum, an deutschem Arbeitsvermögen und an deutschen Wirtschaftskräften verloren ging. Es sind — dem in der Geschichte Böhmens Bewanderten bleibt kein Zweifel daran — noch immer die Weibchen, die schon einmal gegen die Deutschen angewandt wurden, zur Hülfsarmee. Nur modernere, feiner, nachdrücklicher, wirksamer. Nicht daß die Tschechen sich von Völkerverleumdung frei gemacht haben, ist ihre weltanschauliche Schuld, sondern daß sie den Deutschen, anstatt sie zu gewinnen, ihren Staat zu unangenehm als möglich machen. ... Was sie auch von Ausgleich und Veröhnung sagen mögen — ihre Taten sprechen gegen sie. Ihre Taten dienen nicht dem Geist des Friedens.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

ab. Berlin. Die Schwierigkeiten der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen liegen, wie wir von unrichtiger Stelle erfahren, nach wie vor darin, daß die Franzosen infolge ihrer Zollgesetzgebung keine Zulasse für die Gewährung der Meißbegünstigung als auch nach Ablauf des Protokolls machen können. Auf beiden Seiten ist der ehrliche Wille zur Verständigung vorhanden; das muß auch für die Franzosen anerkannt werden. Sie bemühen sich nämlich, eine betriebende Lösung zu finden, die nur durch die französische Gesetzgebung erschwert wird. Deshalb hat man in Paris in Ermüdung gezwungen, eine Verhandlungspause von etwa zwei bis vier Wochen einzutreten zu lassen, die jedoch nicht als eine Unterbrechung der Verhandlungen angesehen werden darf, sondern lediglich als eine technische Verhandlungspause. Neuerdings ist eine Formel für die Lösung in Aussicht genommen, die vielleicht doch sofort eine Einigung ermöglicht. Der französische Handelsminister Raynaldi wird am nächsten Donnerstag von Marceilles in Paris zurück sein und dann will man eine Formulierung versuchen, die beiden Parteien Rechnung trägt. Wenn dies gelingen sollte, so wird vom nächsten Donnerstag ab weiter verhandelt werden, andernfalls soll die Verhandlungspause eintreten. Auf jeden Fall liegt in irgend welcher Vereinbarung kein Anlaß vor, denn, wenn nicht sofort, werden die Verhandlungen später wieder aufgenommen werden. Französische Meldungen, wonach Staatssekretär Trendelenburg abermals nach Berlin kommen werde, treffen nicht zu. Auch die Mitteilung des „Cri de Paris“ über ein Interview mit Trendelenburg beruht auf freier Erfindung.

Deutsch-rumänische Entspannung.

Berlin, 23. Februar. In dem Konflikt zwischen Deutschland und Rumänien ist eine merkliche Entspannung eingetreten. Wie wir hören, wird der beabsichtigte Schritt der Reichsregierung bei der Reparationskommission in kürzester Frist erfolgen, sodas die rumänische Regierung nicht erst in die Lage kommt, zu den beabsichtigten Repräsentanten gegen Deutschland zu lazen. In demselben Augenblick, wo Deutschland die Entscheidung der Reparationskommission im deutsch-rumänischen Streitfall angeht hat, kann die rumänische Regierung nichts anderes unternehmen, als einen Beschluß der Reparationskommission abzuwarten. Sollte sie trotzdem zu irgendwelchen Maßnahmen gegenüber Deutschland schreiten, so würde dies einen ersten Bruch des vertragsmäßigen Zustandes bedeuten.

England und Frankreich zur Abrüstungsfrage.

London. (Zunftdruck.) Times berichtet, daß die Verhandlungen zwischen der britischen und der französischen Regierung über das Problem der deutschen Abrüstung und der damit verbundenen Fragen der Räumung Kölns über das Wochenende fortgesetzt werden. Beide Regierungen verolaten die Arbeit des Militärkomitees in Versailles, dessen Aufgabe es sei, die Voraussetzungen festzulegen, die Deutschland erfüllen müsse, um den Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages Genüge zu leisten, mit großer Aufmerksamkeit. Wenn der Entwurf vollendet sei, möglicherweise nicht vor einer weiteren Woche, werde die Vorkonferenz in Paris über die Form beschließen müssen, in der die Mitteilungen Deutschland übermitteln werden sollen. Sie werde auch beschließen müssen, ob der geplante Bericht veröffentlicht werden soll oder nur ein Auszug.

Der französische Berichtstatter des Daily Telegraph, Vertinag, meldet, es sei noch nicht bekannt, bis zu welchem Punkte die französische Regierung den britischen Gebanken angenommen habe, daß die interalliierte Konferenz, die nach den Erörterungen der Vorkonferenz zusammenzutreten wird, in einem späteren Stadium zu einer Konferenz erweitert werden soll, auf der die Deutschen vertreten sein würden. Die Konferenz allierter Minister, die im März nach Chamberlains Besuch zusammenzutreten werde, werde vielleicht in Brüssel bei Derriot stattfinden.

Der Berichtstatter des Daily Telegraph betont, daß es jeden Tag klarer werde, daß bei den großen Problemen, die Entscheidungen erfordern, die nur von der Regierung selbst getroffen werden können, sowohl das Versailler Militärkomitee als auch die Vorkonferenz eher ein Hindernis als eine Hilfe seien, da sie unvermeidlicherweise zur Verögerung Veranlassung gäben und daß daher direkte Verhandlungen vorzuziehen seien. Die deutschen Minister seien für direkte mündliche Besprechungen mit den alliierten Staatsmännern statt für Austausch militärischer Pläne. In Amerika finde der Gebanke offener Verhandlungen zwischen den Alliierten und Deutschland unzweifelhaft Zustimmung wegen der günstigen Wirkungen auf die Durchführung des Dawesberichts.

Daily News erklärt, in einem späteren Stadium der Erörterung der Sicherheitsfrage würde die britische Regierung wahrscheinlich eine deutsche Beteiligung begrüßen, aber die Zeit dafür sei noch nicht gekommen.

Abchluss der Landwirtschaftswoche.

Reichsernährungsminister Graf Ranke überbrachte auf der Hauptversammlung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, mit der die große landwirtschaftliche Woche ihren Abschluss fand, die Grüße der Reichsregierung. Der Minister wies auf die gegenwärtige Notlage der Landwirtschaft hin, die einen trübselhaften Charakter angenommen habe und die vor allem im Steuererdb, im Preisdruck der Produktionsmittel und in der Mißernte des vorjährigen Jahres zum Ausdruck komme. Es sei fälsch, zu sagen, daß der Landwirtschaft nur durch Kredite geholfen werden könne. Kredite könnten niemals die Produktionsbedingungen verbessern. Es sei Zeit, daß die Parlamente endlich an die Erledigung jener Dinge herantreten, die der Landwirtschaft wieder den nötigen Spielraum geben sollen. Für die allernächste Zeit könne allerdings nur durch Kredite geholfen werden. Mit Rücksicht auf die Erledigung der Währungsfrage und des inneren Geldmarktes entscheide die Frage, das Ausland, wie an der deutschen Industrie, auch an der deutschen Landwirtschaft zu interessieren. Vorverhandlungen seien im Gange, die aber unternommen seien von der Schaffung der Rentenbank-Kreditanstalt. Große Sorge mache immer noch die Höhe der Zinssätze, zu deren Ermäßigung Schritte unternommen worden seien. Die neuen Steuererträge brähten für die Landwirtschaft eine ganze Reihe von Verbesserungen, vor allem die grundsätzliche Anerkennung der Pachtzinsung. Die baldige Erledigung der Zollfrage, zu mindestens aber die paritätische Behandlung von Industrie und Landwirtschaft in dieser Beziehung, sei für die Landwirtschaft eine unerlässliche Forderung. Zum Schluss wies Minister Ranke auf die hohe Bedeutung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft hin, ohne die die deutsche Landwirtschaft nicht ganz zum Gelingen gekommen wäre. (Stürmischer Beifall.)

Es sprachen sodann noch Prof. Dr. Danneberg über „Jagdwirtschaft und Abmelkwirtschaft in Rücksicht auf den Milch- und Fettbedarf“ und einer der Berichtstatter, Dr. Köttgen, Dortmund.

Mit einem Schlusswort des Vorsitzenden, Grafen Rosenberg, fand die Landwirtschaftswoche ihr Ende.

Ein schweres Grubenunglück in Amerika.

Paris. Nach einer Radiomeldung aus Newyork hat sich im Sullivan (Indiana) ein schweres Grubenunglück ereignet, bei dem 142 Bergleute verunglückten. Durch die sofort unternommenen Bergungsarbeiten wurden 33 Bergleute lebend zu Tage gefördert.

Vertretertag der Deutschnationalen Volkspartei.

ab. Berlin. Die Deutschnationale Volkspartei hielt am Sonnabend einen aus allen Teilen des Reiches stark besuchten Vertretertag im Plenarsitzungsaal des preussischen Landtags ab. In der um 10 Uhr vormittags beginnenden Sitzung berichteten zunächst die Vorsitzenden der Reichstags- und Landtagsfraktion, die Abg. Graf Westphal und Winkler über die politische Lage, anschließend an die Ausführungen der beiden Vorredner machte dann Reichsinnenminister Schiele längere Ausführungen über die Ziele der Politik, die er in Uebereinstimmung mit der gesamten Partei als Innenminister verfolgt. Darauf sprach Abg. Best über die Aufwertungsfrage unter Zugrundelegung des von ihm im Reichstag eingebrachten Gesetzesentwurfs. Einkünfte wurde durch Zuzuf der Abg. Winkler zum Vorsitzenden der Partei gewählt. — Bei der Wahl zum Parteivorstand wurden einzelne ausgezeichnete Mitglieder durch neue ersetzt, besonders wurden mehrere Frauen hinzugewählt. Im übrigen wurde der Vorstand wiedergewählt.